

Mainz, 24.01.2014

Anfrage 1902/2013 zur Sitzung am 04.12.2013

Impulse für die Gründer- und Kreativwirtschaftsszene (SPD)

Der Mainzer Stadtrat hat am 05. September 2012 beschlossen, einen zusätzlichen Impuls für die Gründer- und Kreativwirtschaftsszene mittels eines Inkubatorenmodells zu setzen, um die Gründeroffensive zu stärken.

Am Mittwoch, den 26. September 2012, fand das erste Mainzer Gründer Treffen statt, am 04. Dezember 2013 wird das achte Treffen dieser Art sein. Ziel des Antrages (1427/2012) der SPD-Stadtratsfraktion war es, die Entwicklung einer Gründeroffensive in Mainz unterstützend zu begleiten und Anreize für Existenzgründungen zu schaffen sowie eine Vernetzung der Existenzgründer untereinander mit bereits existierenden und etablierten wirtschaftlichen, universitären und medialen Kräften zu ermöglichen.

Eine besondere Chance für junge Start-up-Unternehmen ist es, das sie Zugang zu bestehenden Netzwerken der Inkubatoren gewinnen.

Mit dem Antrag wurde beschlossen, dass die Verwaltung eine Bestandsaufnahme bereits bestehender privatwirtschaftlicher und institutioneller Initiativen der öffentlichen Hand erstellt. Wege aufgezeigt werden, wie die verschiedenen Initiativen sinnvoll und besser verzahnt werden können, Potenziale gebündelt und auch ein aktiveres Marketing im Wettbewerb ermöglicht wird sowie geprüft wird, ob es möglich ist, bestehende etablierte Unternehmen durch ein Beteiligungs-Modell enger in die Entwicklung und das Wachstum der Gründer- und Kreativwirtschaftsszene einzubinden und aktiv zu beteiligen. Des Weiteren wurde die Verwaltung gebeten, zu prüfen, inwieweit Ansätze eines Inkubatorenmodells mit der Arbeit der Investorenleitstelle vernetzt werden können.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Welchen Fortschritt sieht die Verwaltung im Bereich der Gründer- und Kreativwirtschaftsszene?
2. Welche Aktivitäten hat die Verwaltung hinsichtlich der Gründeroffensive im Rahmen eines Inkubatorenmodells von sich aus unternommen?

3. Wann wird der Stadtrat mit einer Bestandsaufnahme bereits bestehender privatwirtschaftlicher und institutioneller Initiativen der öffentlichen Hand seitens der Verwaltung rechnen können?

Dr. Eckart Lensch
Fraktionsvorsitzender